

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Inge Wettig-Danielmeier,
MdL stellt AsF-Forderungen
an die Bundesregierung
vor: Beim Erziehungsgeld
Frauen-Interessen beachten.
Seite 1

Horst Peter MdB wirft Bonn
vor, die Kommunen auszu-
beuten: "Neue Armut"
schlägt durch. Seite 3

Heinke Salisch MdEP setzt
sich mit den Ergebnissen
einer Konferenz europäi-
scher und lateinamerikani-
scher Parlamentarier aus-
einander: Fragezeichen
nach Brasilia. Seite 5

Dokumentation
Der Bürgermeister der
Freien und Hansestadt
Hamburg, Klaus von
Dohnanyi, forderte in
einer Rede in der KZ-Ge-
denkstätte Neuengamme,
die Verpflichtungen aus
der deutschen Geschichte
ernst zu nehmen. Wir do-
kumentieren zentrale Aus-
sagen aus seiner Rede.
Seite 6

40. Jahrgang / 127

9. Juli 1985

Beim Erziehungsgeld Fraueninteressen beachten

AsF-Forderungen an die Bundesregierung

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
(AsF)
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) wird beim Erziehungsgeld nur eine Lösung akzeptieren, die sich nicht gegen die Erwerbstätigkeit von Frauen richtet, also keine Arbeitsmarktpolitik zu Lasten der Frauen bedeutet, und der nicht der Geruch geschickter kaschierter Bevölkerungspolitik anhaftet.

Der volle Kündigungsschutz während der Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs, also die so heftig auch zwischen den Koalitionspartnern umstrittene Garantie des Arbeitsplatzes, ist von zentraler Bedeutung für den Erfolg dieser Regelung, reicht aber nicht aus. Wir sozialdemokratischen Frauen bekräftigen noch einmal, daß ein tatsächlicher Fortschritt für Frauen, familiäre Pflichten und Berufstätigkeit vereinbaren zu können, nur dann erreicht werden kann, wenn die folgenden Forderungen erfüllt werden:

- Die Bundesregierung muß alle bisher von ihr getroffenen Entscheidungen, die dem Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie entgegenwirken, zurücknehmen.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
rtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Fremdverbreitung
mit amtlicher Erlaubnis
Regierung Bonn



- Der heutige Mutterschaftsurlaub muß schrittweise zu einem dreijährigen Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie und voller sozialer Absicherung ausgebaut werden.
- In der gesetzlichen Regelung muß die Aufteilung des Elternurlaubs zwischen Vater und Mutter festgelegt sein. Kann sich ein Elternteil nicht dazu entschließen, sollte der Anspruch um diesen Teil gekürzt werden.
- Für die Zeit der Inanspruchnahme des Elternurlaubs muß ein teilweiser Gehaltersatz garantiert werden.

Nur wenn diese Forderungen durch die gesetzliche Regelung erfüllt werden, ist eine gerechte Verteilung des Beschäftigungsrisikos garantiert, können beide Elternteile gleichermaßen die Kinder betreuen und erziehen.

Auch aus der Sicht der Alleinerziehenden ist eine andere Regelung völlig untragbar. 600 DM Erziehungsgeld reichen hinten und vorne nicht. Der Gang zum Sozialamt wird für die Betroffenen weiterhin die Regel bleiben.

(-/9.7.1985/rs/ks)

+ + +



Bonn beutet die Kommunen aus

Städte und Gemeinden müssen die "neue Armut" auffangen

Von Horst Peter MdB

Nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit könne ein wiedereingestellter Arbeitnehmer ruhig erst einmal auf den ihm zustehenden Urlaub verzichten, denn er habe "ja Urlaub in Hülle und Fülle als Zwangsurlaub hinter sich gebracht". Mit diesem "Denkanstoß" wagte sich der Geschäftsführer der bayerischen Arbeitgeber, Wolf Moser, jüngst an die Öffentlichkeit. Es ist ein Signal dafür, wie leichtfertig die Reichen mit Arbeitslosigkeit und Armut in unserer Gesellschaft umgehen. Dahinter steckt nicht nur Lohndrückerei, ökonomisches Kalkül. Darin drückt sich auch Menschenverachtung, Gleichgültigkeit und mangelnder Ernst gegenüber den Problemen der betroffenen einzelnen Menschen aus. Aber auch ein Kerngedanke unserer brutalen Marktwirtschaft. Der Mensch, die Arbeitskraft, als Sache, die beliebig herumgestoßen werden kann, der Gefühle, Wünsche, subjektives Befinden und Persönlichkeit abgesprochen wird.

Breiten Raum hat dagegen kürzlich der Evangelische Kirchentag der Diskussion über Massenarbeitslosigkeit und Armut eingeräumt. Es ist ein Verdienst des Kirchentages, die Dimensionen dieser Diskussion zurecht gerückt zu haben: Dies kann, wie man an obigen "Denkanstößen" sieht, nicht oft genug geschehen. Die die kapitalistische Gesellschaft ständig begleitende Armut nimmt wieder zu. Die von vielen vertretene Meinung, diese Gesellschaft habe die Armut endgültig besiegt und kenne nun keine Armut mehr, wird von der Realität gründlich widerlegt. Wie die Studien von Roth, Aich unter anderem belegten, gelang es der bundesdeutschen Gesellschaft selbst in den Zeiten des Wirtschaftswunders und der Hochkonjunktur nicht, allen Schichten der Gesellschaft einen gerechten Anteil am geschaffenen Wohlstand zu garantieren. Armut ging auch in diesen Jahren weit über randständige Bereiche wie den der sogenannten Nichtselbständigen hinaus.

Armut ist wieder zum Problem der Politik geworden. Armut reicht bis in die Kerngruppen der arbeitsteiligen Industriegesellschaft hinein und erreicht selbst mittelständische Bereiche. Es ist kein Einzelfall, wenn gutverdienende höhere Angestellte nicht mehr in der Lage sind, Hauseigentum zu halten. Die Grenze zwischen öffentlicher Wohlfahrtspolitik für die Armen und Arbeits- und Sozialpolitik für Arbeitnehmer und ihre Familien ist wieder aufgehoben. Das ist das "Neue" an der "neuen Armut".

Nach einem Jahrzehnt Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit verarmen breite Schichten der Bevölkerung. Armut kann nicht mehr definiert werden als Folge individuellen Versagens und Schicksals, sondern ist augenscheinlich Resultat des Unvermögens der Gesellschaft. Die Diskrepanz zwischen den Möglichkeiten, dem Reichtum der Gesellschaft, die ja nicht in ihrer Gesamtheit arm ist wie die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft, und der individuellen materiellen und psychischen Not der Betroffenen wächst.

Neben der privaten Verarmung wächst die öffentliche Armut, hervorgerufen durch die Haushalts- und Finanzpolitik des Bundes. Die Umverteilungspolitik des Bundes geht nicht nur zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Familien, sondern verringert auch den Handlungsspielraum des Bundes, der Länder und besonders der Kommunen. Diese sind besonders betroffen von der Politik des Bundes und den Auswirkungen der Armutsfolgen der Wirtschaftskrise. Die Kerze "kommunale Finanzpolitik" brennt an zwei Seiten. Die Bundespolitik blutet die Gemeinden finanziell aus, indem Einnahmen verringert und Sozialausgaben auf die Kommunen abgeschoben werden. Bundespolitik zielt einerseits auf weitere Entkommunalisierung der Politik, andererseits auf weitere Belastung der Kommunen.

Dabei müssen die Kommunen die sozialen Folgen einer asozialen Bundespolitik auffangen. Die sozialen Folgewirkungen von Wirtschaftskrise und andauernder Massenarbeitslosigkeit sind hinlänglich belegt: soziale und psychische Desintegration, Armut, Alkoholismus, physische und psychische Erkrankungen.

Die betroffenen Menschen erwarten von den Kommunen, die dafür zuständig sind, soziale Dienstleistungen. Der Gemeindeverband ist die soziale Lebenswelt der Menschen. Mangelt es an den erforderlichen und geforderten Dienstleistungen, richten die Betroffenen ihre Proteste gegen die vermeintlich dafür Verantwortlichen in den Kommunen. Dort leben die Menschen, nicht in "Bonn". Dies ist Teil der Kalkulation der Bundesregierung. Der Bund nutzt die Kommunen als lokales Politikorgan, um von seiner Verantwortung abzulenken. Die Kommunen werden zum Puffer des Bundes, der die Proteste und Ansprüche der Betroffenen auf sich ziehen und neutralisieren soll. In eine ähnliche Lage bringt der Bund auch die Kirchen. Auch bei ihnen stehen Einnahmeverluste infolge des durch die Arbeitslosigkeit verminderten Steueraufkommens und der Steuerentlastungsgesetze auf der einen Seite der Notwendigkeit auf der anderen Seite, die sozialen Dienstleistungen auszubauen, entgegen.

Für die Kommunen ergibt sich aus der Lage, in der sie die Bundespolitik und die Massenarbeitslosigkeit gebracht hat, der Zwang zu einer Neudefinition ihrer Politik gegenüber Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und den betroffenen Menschen. Das Beklagen der vom Bund verursachten finanziellen Misere, das Setzen auf Wirtschaftsförderungspolitik, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, reicht nicht aus. Die Kommunen müssen sich aus der bundespolitischen Fessel des Verwalters von Mangel, Arbeitslosigkeit und Armut befreien. Aktive Politik gegen Armut, Arbeitslosigkeit, den davon sozial, materiell, in ihrem körperlichen und seelischen Befinden betroffenen Menschen. Im Handlungsort Kommune sind Kommunen und diese Menschen natürliche Verbündete, so wie dies die Gewerkschaften im Handlungsort Betrieb sind. Für die Kommunen heißt dies aber auch, die Infrastruktur für aktive Politik der Betroffenen zu schaffen und zu stützen, Beratungsstellen, Betroffeneninitiativen wie Arbeitsloseninitiativen und Frauenhäuser. (-/9.7.1985/rs/ks)

+ + +



Fragezeichen nach Brasilia

Anmerkungen zur Konferenz europäischer und lateinamerikanischer Parlamentarier

Von Heinke Salisch MdEP

Geld und Umwelt wurden zu den zentralen Themen, die die VII. Interparlamentarische Euro-Lateinamerika-Konferenz eine Woche lang in Brasilia beschäftigten und die ihren entsprechenden Niederschlag im Schlußdokument dieser Konferenz fanden.

Es mußte erwartet werden, daß die Verschuldung ihrer Länder von den Lateinamerikanern wieder und wieder als dramatisch und für die Fortentwicklung ihrer Demokratien als niederschmetternde Belastung in den Vordergrund gestellt wurde. Und die Europäer sind hier gefordert, stärker als bisher ihr Gewicht in das internationale "Entschuldungsgeschäft" einzubringen. Es muß jetzt politisch und nicht buchhalterisch gehandelt werden. Auf keinen Fall dürfen von Entwicklungsländern mehr als 20 Prozent der Exporterlöse für das Abtragen alter, oft viel zu unbedenklich von Privatbanken gewährter Kredite verlangt werden. Soziale und ökonomische Katastrophen zeichnen sich ab, wenn wir die Dinge laufen lassen wie bisher. Hinter die Notwendigkeit eines umfassenden Entschuldungsdialoges kann es insofern nach Brasilia keine Fragezeichen geben.

Ganz anders sieht es zum Thema Umweltschutz aus. Hier kommt der Druck von europäischer Seite. Das wachsende Interesse der lateinamerikanischen Parlamentarier ist jedoch unverkennbar. 1983 bereits war eine gemeinsame Konferenz zu Umweltthemen beschlossen worden, die nicht zustande kam. Nun ist es höchste Zeit, sie nachzuholen. Es geht nicht darum, den Lateinamerikanern den Schwarzen Peter im Umweltschutz zu zeigen. Dazu liegt viel zu viel Dreck vor der europäischen Tür. Aber was die Brasilianer den Konferenzteilnehmern im Anschluß an die Tagung von Brasilia in Carajas und Tucuruí im Amazonas-Gebiet vorführten, muß kritisch beurteilt werden.

Gewiß, Brasilien ist ein Koloß; und seine industriellen Entwicklungsprojekte fallen in Dimensionen aus, die wir uns hier in Europa kaum vorstellen können, aber der Abbau der Eisenerze von Carajas und das Wasserkraftwerk von Tucuruí sind Projekte, hinter die dicke Fragezeichen zu setzen sind.

Niemand kann Brasilien den Abbau seiner Bodenschätze verwehren; aber macht sich Europa durch die Gelder, die es dem Projekt zur Verfügung stellt, nicht mitschuldig an der Zerstörung von zuviel Natur, der Vertreibung von Ureinwohnern, die sich nicht wehren können, und der Ausbeutung von Arbeitern, die unter miesen Bedingungen in Carajas eingesetzt werden? Ich finde dieses Geld falsch investiert.

Wissenschaftliche und technische Kooperation sind etwas anderes. Und ihre Bedingungen gehören neu definiert. Und Tucuruí? Hier wird in der Endphase mehr Energie produziert, als sie aus fünfmal Biblis kommt. Und zu was sollte die Energie wohl gut sein, wenn nicht zur weiteren Industrialisierung Amazoniens. Dann aber, wenn mehr und mehr tropischer Regenwald geflutet und gerodet wird, geht es auch an unsere Lungen und unser Klima. Was die Bewohner Amazoniens hassen, dies sei noch einmal gesagt, ist paternalistische Besserwisseri in der Umwelt rage. Aber was sie brauchen, ist Austausch von Wissen über ökologische Verträglichkeit bei der industriellen und landwirtschaftlichen Erschließung ihrer Region. EG-Kommission und Europaparlament sollten schleunigst aktiv werden und die Voraussetzungen einer solchen Zusammenarbeit schaffen.

(-/9.7.1985/rs/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

Klaus von Dohnanyi: Verpflichtungen aus unserer Geschichte ernst nehmen

Der Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Klaus von Dohnanyi, nahm am 28. Juni an einer Kundgebung der Gesellschaft für bedrohte Völker in der Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme bei Hamburg teil. Die Kundgebung war der Auftakt zu einem Kongreß der Gesellschaft zum Thema "Völkermord 40 Jahre nach Auschwitz - Vergangenheitsbewältigung als Verpflichtung für die Gegenwart". Bürgermeister von Dohnanyi machte dabei folgende Ausführungen.

"Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus hofften die Menschen auf eine neue Form des Zusammenlebens zwischen den Völkern in Frieden und Freiheit, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Wahrung der Menschenrechte. Leider müssen wir feststellen, daß dem Terror des Nazi-Regimes heute nicht Frieden und Verständigung als Regel gegenüberstehen, sondern fortwährende Gewaltherrschaft in vielen Ländern der Welt bis hin zum Völkermord.

All diejenigen, die im Lager von Neuengamme gelitten haben, messen die Ernsthaftigkeit unserer Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft daran, wie wir heute mit der Verpflichtung aus unserer Geschichte umgehen.

So wie viele Verfolgte damals auf Hilfe warteten, so warten heute die Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Mittelamerika auf unsere Reaktion und Unterstützung. Und so wie damals die Aufnahmebereitschaft des Auslands deutschen Emigranten das Leben rettete, so müssen auch wir heute politisch Verfolgten großzügig Asyl gewähren, mit allen politischen und sozialen Verpflichtungen. Die Wahrung unserer Wirtschaftsinteressen darf uns niemals dazu verleiten, Menschenrechtsverletzungen schweigend hinzunehmen und Unrecht an Minderheiten im eigenen Land oder anderswo zu dulden."

(-/9.7.1985/rs/ks)

+ + +

